

Gutowski, Armin

**Article — Digitized Version**  
**Deflationspolitik?**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Gutowski, Armin (1986) : Deflationspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 8, pp. 376-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136183>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Armin Gutowski

## Deflationspolitik?

Die Botschaft klingt dramatisch: Deflation wie dereinst Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre drohe der Welt – schuld seien diesmal die Deutschen und die Japaner. Sie verweigerten aus merkantilistischen Motiven und aus fehlgeleiteter Eigensucht angeblich dringend nötige Konjunkturimpulse mittels expansiver Geld- und Finanzpolitik – und verhinderten so einen weltweiten Anstieg der Nachfrage, der auch die bisher von den USA getragene Bürde eines zunehmenden Leistungsbilanzdefizits verringern würde. Dabei legten, zumindest in der Bundesrepublik, die immer noch hohen Arbeitslosenzahlen derartige Aktionen nahe.

Anwürfe dieser Art dringen immer lauter über den Atlantik, immer unverbblümt wird mit mehr Protektionismus und mit Währungskrieg, spricht mit einem weiteren Heruntermanipulieren des Dollars, gedroht. Besonders bedauerlich ist, daß politisch ambitionierte Wissenschaftler in den USA, wie etwa Fred Bergsten, und wissenschaftlich präntöse Politiker hier, wie etwa Wolfgang Roth, die Aufforderung zur „Reflation“ noch pseudowissenschaftlich verbrämen. Zumindest den wissenschaftlichen Ökonomen stünde es gut an, die Zusammenhänge richtigzustellen und das her-

auszufiltern, worüber man tatsächlich geteilter Meinung sein kann. Unumstritten sollte sein:

□ Wie sich die Verteilung von Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten auf die am Handel beteiligten Länder verändert, hängt auf kürzere Sicht von den unterschiedlichen Konjunkturlagen ab. Bei ansteigender Konjunktur nehmen – wie jetzt in der Bundesrepublik – die Importe rascher, die Exporte langsamer zu als zuvor und vice versa im Abschwung.

□ Grundsätzlich aber ist für den Überschuß oder das Defizit der Leistungsbilanz maßgeblich, inwieweit die heimischen Privatinvestitionen zuzüglich der Höhe des Staatsdefizits (oder abzüglich eines Staatsüberschusses) niedriger oder höher sind als die heimischen privaten Ersparnisse.

Unumstritten sollte ebenfalls sein, daß sich daraus für unsere heutige weltwirtschaftliche Lage folgende Konsequenzen ergeben:

□ Wenn, wie im Fall der USA, wegen eines hohen, nur durch Kapitalimport zu finanzierenden Staatskonsums auf Kredit das Vertrauen in die Währung schließlich schwindet und demzufolge ihr Außenwert sinkt, ist es höchste Zeit, die Staatsfinanzen zu konsolidieren, weil sonst die nötige Kapitalzufuhr nur durch eine den Kursverfall bremsende Hochzinspolitik gewährleistet werden kann, die – zumal bei schon abklingender Konjunktur – tief in die Rezession führen würde. Der rapide gesunkene Wert des Dollars allein könnte die amerikanische Leistungsbilanz selbst auf längere Sicht nicht kurieren.

□ Wer, wie die Bundesrepublik, komfortable Leistungsbilanzüberschüsse aufweist und die Inflation auf ein Minimum zurückgeführt hat, sollte – zumal bei hoher Arbeitslosigkeit – seine konjunkturpolitischen Spielräume nutzen, sofern solche bestehen, und damit auch

den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten und abflauernder Konjunktur unter die Arme greifen.

Gestritten werden kann mithin nur noch darüber, ob und in welchem Ausmaß etwa in der Bundesrepublik Spielräume für wirkungsvolle, also nicht bloß Inflation erzeugende Konjunkturanregungen bestehen.

Geldpolitisch dürfte kaum Spielraum vorhanden sein. Der vorübergehende Ölpreis- und aufwertungsbedingte Rückgang des Preisniveaus kam trotz einer eher expansiven – nicht etwa wegen einer restriktiven – Geldpolitik zustande. Der Anstieg der Geldmenge ist gegenwärtig höher, als es für das Wachstum des Produktionspotentials notwendig wäre.

Finanzpolitisch könnten nach der fortgeschrittenen Konsolidierung die angebotshemmenden Steuern wohl mutiger gesenkt werden als bislang geplant – um wieviel, hängt allerdings davon ab, ob und wie stark der angebotspolitische Effekt gegen die vielbeklagten Rigiditäten, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, durchschlägt und ob es gelingt, die Staatsausgaben weiterhin im Zaume zu halten.

Die Grundübel hier wie in den USA sind hausgemacht: Bei uns sind es die Rigiditäten und Regulierungen am Arbeitsmarkt und an manchen Gütermärkten verbunden mit zu hohen Arbeitskosten, die die Ausschöpfung unseres Arbeitskräftepotentials verhindern. Drüben sind es die Haushaltsdefizite, die schließlich das Wachstum abwürgen werden.

Unsere und die japanische Wirtschaftspolitik deflatorisch zu nennen und die Befürchtung zu hegen, diese vermeintliche Deflationspolitik triebe die Welt in eine Krise von der Art, wie sie Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre durch die echte – weil extrem kontraktive – Deflationspolitik der USA erzeugt wurde, ist und bleibt absurd.